



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 18 vom 21.02.2018

Brandenburgische Wolfsverordnung

Dieter Dombrowski: Wolfsverordnung ist gescheitert

Im Unterausschuss des Landtages wurde heute abschließend über den Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung von Schutzjagden auf Problemwölfe nach skandinavischem Vorbild beraten. Die Ablehnung durch die Koalitionsfraktionen kritisierte **Dieter Dombrowski**, Sprecher für Umwelt der CDU-Fraktion. „Die Brandenburgische Wolfsverordnung löst den Konflikt zwischen der Weidetierhaltung und Problemwölfen nicht. Wir hatten deshalb vorgeschlagen, Schutzjagden nach schwedischem Vorbild einzuführen“, so Dombrowski. Auf Basis aktueller Monitoringdaten und in Abstimmung mit den Naturschutz- und Jagdbehörden sollte mit der Wolfsverordnung eine Anzahl von Wölfen bestimmt werden, die pro Jahr im Zuge von Schutzjagden unkompliziert entnommen werden dürfen, wenn es zu Problemen an den Weiden kommt.

Die jetzt vorliegende Brandenburger Wolfsverordnung stärke weder die Akzeptanz für den Wolf noch die Weidetierhaltung im Land. Auch sei sie kein geeignetes Instrument zur Fernhaltung von Wölfen aus Dörfern und Stadtzentren. „Es zeigt sich bereits jetzt, dass das Landesumweltamt als zuständige Behörde keine zeitnahen Entscheidungen trifft und Entscheidungen über den Abschuss von problematischen Tieren auf die lange Bank geschoben werden“, so der Umweltpolitiker.

Seit Mitte Januar liege dem Landesamt ein Antrag auf Entnahme eines problematischen Rudels von einem Landwirt vor, der die Mindestanforderungen zum Schutz seiner Weidetiere erfüllt. Entschieden wurde durch das Landesamt bislang nichts. Auch wenn der Schutzstaus des Wolfes hoch ist, dürfe eine Wolfsverordnung nicht dazu führen, dass überhaupt nicht gehandelt wird. Für Dombrowski ist die Verordnung deshalb bereits jetzt gescheitert.